

Ina Jacobi

Geschäftsführerin

Organisation & Verwaltung

Antrag
zur Sitzung
des Rats der Stadt Göttingen
am 17. November 2023

Fraktionsbüro im Neuen Rathaus

Hiroshimaplatz 1-4

Tel.: +49 (551) 400 2785

Grueneratsfraktion@goettingen.de /

i.jacobi@goettingen.de

www.gruene-

goettingen.de/fraktionen/stadtrat

Göttingen, 3. November 2023

Mehr Toiletten für alle in der Innenstadt

Der Rat möge beschließen:

Die Stadt Göttingen sorgt in der Innenstadt für ausreichend kostenfreie Toiletten für alle und schafft Gleichberechtigung mit Blick auf ein grundlegendes menschliches Bedürfnis.

Hierzu gehören sowohl ausreichend behindertengerechte Toilettenanlagen wie auch Toiletten, die mit Pissoirs und Missoirs ausgestattet sind.

Die Gebührenpflicht für alle Toilettenanlagen entfällt.

Begründung:

Der Toilettengang ist ein grundlegendes menschliches Bedürfnis. Bei zahlreichen Gelegenheiten wurden wir immer wieder auf den Missstand der fehlenden Toiletten in der Innenstadt aufmerksam gemacht, was z.B. das wilde Urinieren in Ecken und Büschen nach sich zieht. Selbst, wenn eine Toilette zur Verfügung steht, scheitert die sachgerechte Entsorgung der menschlichen Ausscheidungen immer wieder an der Barriere Bezahlpflicht.

Die vorhandenen Toilettenanlagen werden als nicht ausreichend angesehen und decken insbesondere nicht ausreichend die Punkte ab, wo der größte Bedarf nach einer Lösung besteht

Wir können und wollen es für unsere Stadt nicht akzeptieren, dass die Menschen in der Innenstadt (Besucher:innen und Bewohner:innen) unter diesen unwürdigen Zuständen leiden.

Wir sehen es als Aufgabe der Stadt an, für eine ausreichend große Anzahl an kostenfreien Toiletten für alle zu sorgen, die die unterschiedlichen Bedürfnis abdecken: Neben barrierefreien Toilettenanlagen sollen daher auch neue Konzepte wie Missoirs einbezogen werden, die eine Möglichkeit bieten, im Stehen und im Hocken zu pinkeln.

Weitere Infos: <https://www.missoir.de/>

Ein Blick in unsere Partnerstadt PAU in Frankreich zeigt, dass es möglich ist, als Kommune entsprechende Angebote für und zum Wohler aller Bürger:innen kostenfrei vorzuhalten.